

Pressemitteilung

Pressemitteilung
04.03.2015

BPI zum aktuellen Finanzergebnis der GKV: Zeit für die Versorgungssicherheit

Die aktuellen Zahlen der Gesetzlichen Krankenversicherung, die mit mehr als 28 Milliarden Euro Rücklagen weiterhin zur Sparkasse mutiert, machen deutlich, dass die Politik sich nun endlich des Themas Versorgungssicherheit annehmen muss. Nachdem über Jahre hinweg das Damoklesschwert der angeblich gefährdeten Beitragssatzstabilität politische Entscheidungen bestimmt hat, muss nun der Schalter umgelegt werden. Insbesondere im Bereich der rabattvertragsgeregelten Arzneimittel bedarf es schnellstmöglicher Anpassungen, um die Versorgungssicherheit dauerhaft zu gewährleisten. „Die anstehende Reform des Vergaberechtes muss genutzt werden, um das Ziel „Versorgungssicherheit mit Generika“ im Sozialgesetzbuch zu verankern. Bisher führt die Kombination aus Sozialrecht und Vergaberecht bei Generika-Rabattverträgen zu Wettbewerb auf Kosten der Versorgungssicherheit. Denn Unternehmen sind gezwungen ihre Portfolios zu bereinigen oder sich auch vom Standort Deutschland zu verabschieden. Das gefährdet die Versorgungssicherheit“ so Henning Fahrenkamp, Hauptgeschäftsführer des BPI.

Der Anstieg der Arzneimittelausgaben in 2014 sollte bei der Gesetzlichen Krankenversicherung als das gesehen werden was er schlussendlich für die Versicherten bedeutet: Eine deutliche Verbesserung der Versorgung. Hoch innovative Arzneimittel bieten Heilungschancen in Krankheitsbildern, in denen bis dato keine Heilung möglich war. Diese Ausgaben für Arzneimittel sparen nicht zuletzt Ausgaben in anderen Sektoren, zum Beispiel bei kostenintensiven Krankenhausaufenthalten. Zudem ergibt sich ein Anstieg einfach daraus, dass der immer noch erhöhte Zwangsabschlag nicht mehr ganz so hoch liegt wie in den vergangenen Jahren. Für die meisten Unternehmen aber ist das Preismoratorium immer noch eine immense Belastung. „Wenn wir auch weiterhin mit solchen staatlichen Zwangsmaßnahmen konfrontiert sind, werden immer mehr Produkte vom Markt verschwinden. Dies kann weder im Sinne der Politik noch der Gesetzlichen Krankenversicherung sein“, so Fahrenkamp.

Der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e. V. (BPI) vertritt das breite Spektrum der pharmazeutischen Industrie auf nationaler und internationaler Ebene. Rund 240 Unternehmen mit ca. 70.000 Mitarbeitern haben sich im BPI zusammengeschlossen.

Ihr Ansprechpartner: Joachim Odenbach, Tel. 030/27909-131, jodenbach@bpi.de